

Stimmenkönige und prominente Verlierer

Zweitniedrigste Wahlbeteiligung seit dem Jahr 1947 verzeichnet - Wie sich die Stadtregierung in Zukunft zusammensetzen könnte

VON MAIKE WESSOLOWSKI UND
DENISE VON DER AHÉ

Bremerhaven. Jan Timke (Bürger in Wut) hat bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung die meisten Personenstimmen geholt. Wer hat es nicht ins Stadtparlament geschafft, und wie könnte die künftige Stadtregierung aussehen?

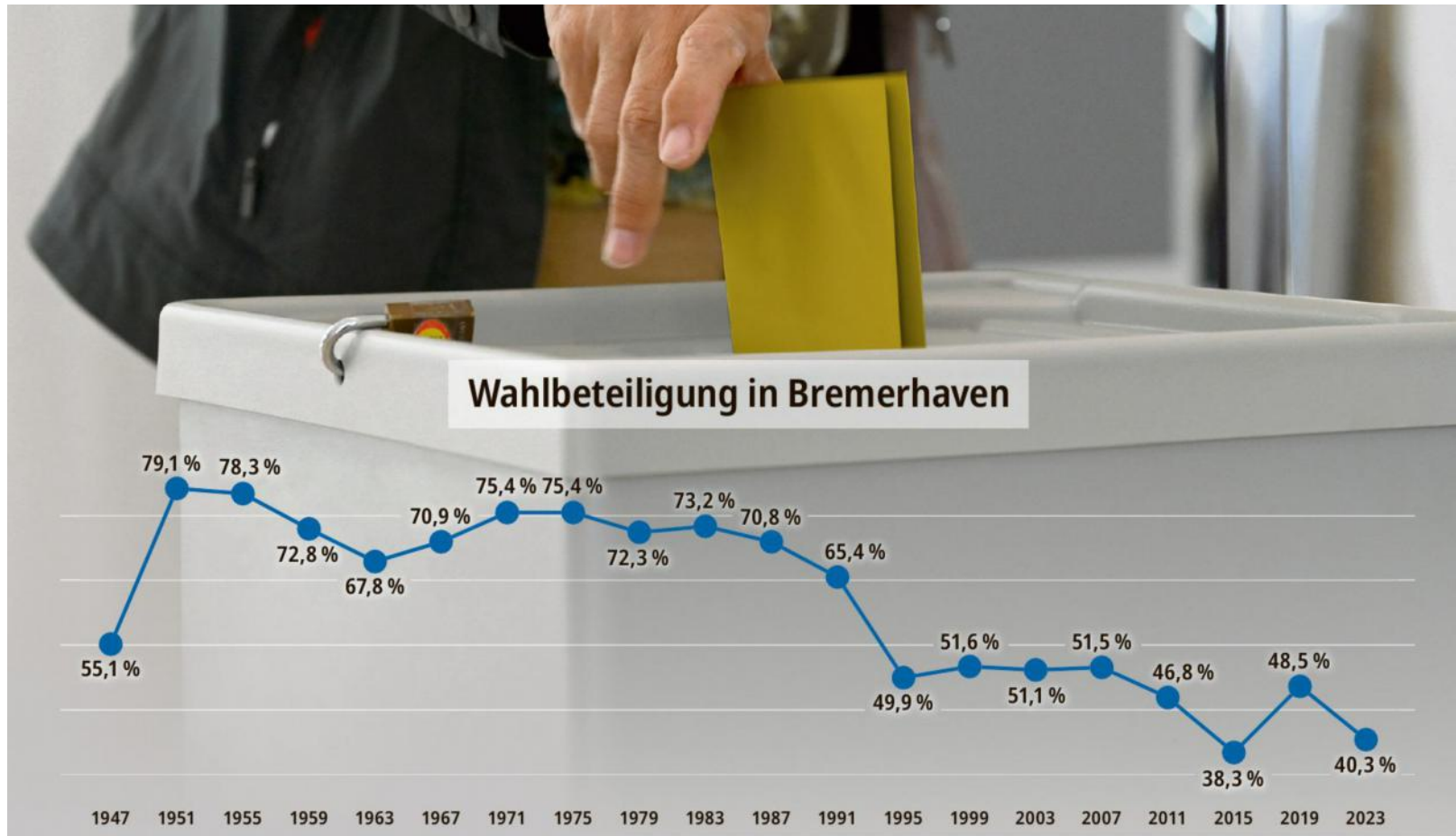
► Wer sind die Stimmenkönige?

Die Bürger in Wut haben Jan Timke im Wahlkampf in den Mittelpunkt gestellt, das hat sich ausgezahlt: Mit 13.526 Stimmen holte er mit großem Abstand die meisten Personenstimmen. Danach folgen die drei Fraktionsvorsitzenden der bisherigen Mehrheitskoalition. Für die SPD Sönke Albers (3.364), für die CDU Thorsten Raschen (3.046) und für die FDP Hauke Hilz (2.196). Ein Neuling überrascht: Fatih Önal (30, CDU) liegt mit 1.992 vor SPD-Urgestein Hans-Werner Busch (1.649).

► Wer hat es nicht geschafft? Bei der CDU ist der bisherige Stadtverordnete Detlef Müller nicht mehr dabei – er hat Listenplatz 13. Bei den Grünen bedeutet der Stimmverlust, dass Michael Labetzke (Platz 8) nicht dabei ist. Auch der bisherige Stadtrat Dr. Ulf Eversberg schafft es mit Listenplatz 12 nicht.

Marnie Knorr hatte als Einzelstadtverordnete vor vier Jahren 2.180 Stimmen geholt – diesmal trat sie für die Grünen an und bekam 716. Sie ist mit Listenplatz 15 auch nicht mehr dabei. Bei den Linken hat es der bisherige Stadtverordnete Rainer Brand (Platz 5) nicht geschafft. Bei der SPD sind wegen der Personenstimmen Jörn Hoffmann (1.128) und Uwe Parpart (992) von den Listenplätzen 16 und 17 nach vorne gesprungen.

Das Nachsehen haben der bisher im Stadtverordnetenverband



Alarmierend: Die Wahlbeteiligung bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung war die zweitniedrigste seit 1947. Grafik: Schnibbe

tätige Harry Viebrok (13) und Neuling Mandy Kathe-Heppner (12). Allerdings könnten bei einigen Parteien noch Kandidaten nachrücken, wenn aus den Reihen der Stadtverordneten ehrenamtliche Magistratsmitglieder gewählt werden.

► Wie könnte die künftige Stadtregierung aussehen?

SPD und CDU brauchen zum Regieren einen weiteren Partner. Die Sondierungsgespräche in den kommenden Tagen werden darüber entscheiden, ob sie wieder die FDP mit ins Boot holen oder ob diesmal die Grünen. Wird das bisherige Bündnis fortgesetzt, bleibt es bei einer knappen Mehrheit: „Wir haben vier Jahre mit einer Stimme Mehrheit regiert, das wäre jetzt genauso“, sagt Bremerhavens FDP-Chef Hauke Hilz. Jetzt

hat die SPD einen Stadtverordneten mehr, die FDP einen weniger. „Es müssen alle gemeinsam am gleichen Strang ziehen“, sagt Hilz. „Vor allem bei Haushalts- und Personalentscheidungen muss die Mehrheit stehen.“

► Wer bekommt im Magistrat wie viele Dezenten?

Bisher setzt sich der Magistrat aus vier hauptamtlichen und sechs ehrenamtlichen Dezenten zusammen. Die SPD hatte vorgeschlagen, den Magistrat um je einen hauptamtlichen Dezenten für Gesundheit und Klimaschutz zu vergrößern. Auch CDU-Fraktionschef Thorsten Raschen sagt: „Die Erfahrung mit der Verkleinerung des Magistrats war nicht die klügste Idee.“

Bei der derzeitigen Zahl der hauptamtlichen Dezenten er-

halten SPD und CDU je zwei, BIW und Grüne je einen ehrenamtlichen Dezenten“, sagt Magistratsdirektor Claus Polansky. Die Zahl der ehrenamtlichen muss die der hauptamtlichen übersteigen - bei sechs hauptamtlichen Magistratsmitgliedern wären also mindestens sieben ehrenamtliche notwendig. In diesem Fall bekämen die Bürger in Wut zwei ehrenamtliche Dezenten. Die inhaltliche Bewertung müsse bei der Entscheidung über eine Magistratsvergrößerung im Vordergrund stehen - auch wenn das bedeute, dass den Bürgern in Wut dann zwei Dezenten zustünden, sagt Raschen.

► Gibt es schon personelle Entscheidungen?

Bremerhavens SPD-Chef Martin Günthner sagt: „Wie der Magistrat aussehen

kann, steht am Ende von Koalitionsverhandlungen und nicht am Anfang. Aus meiner Sicht gibt es viele inhaltliche Themen, die jetzt erst im Mittelpunkt stehen werden und nicht, wer welche Position bekommen kann.“

Klar ist: Gesundheitsstadtrat Selcuk Caloglu (SPD) würde in der jetzigen Konstellation mit Vollzeitberuf und Ehrenamt nicht zur Verfügung stehen. „Die Belastung ist auf Dauer zu hoch“, sagt der Familienvater. Ob er als hauptamtlicher Dezent weitermachen und dafür seinen Job aufgeben würde? Das wollte er nicht kommentieren.

► Befürchten die Bürger in Wut, mit einem weniger attraktiven Dezent abgesehen zu werden?

„Wir werden darauf achten, dass es nicht ein Pseudo-Dezentat

wird, das extra geschaffen wird, nur um uns abzuspiesen“, sagt BiW-Chef Jan Timke. „Wir wollen mitgestalten und erwarten deshalb auch ein verantwortungsvolles Dezentat.“

Das könne auch mit einem BiW-Mitglied ohne Parlamentserfahrung besetzt werden. Geprüft werde auch, ob das Amt auch mit einer komplett externen Person mit sehr hoher Fachkompetenz besetzt werden könne, so Timke weiter, der sich in der Stadtverordnetenversammlung für eine herausragende Position und als BiW-Fraktionschef in der Bürgererschaft bewerben will.

► Bis wann sind die hauptamtlichen Stadträte gewählt?

Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) ist bis zum 31. Dezember 2028 gewählt, Bürgermeister Torsten Neuhoft (CDU) bis Ende Oktober 2024 - genauso wie Schuldezernent Michael Frost (parteilos). Baustadtrat Bernd Schomaker (FDP) ist bis zum 16. März 2026 im Amt.

► Von der FDP werden zwei Stadtverordnete ins Stadtparlament einziehen, von den Linken drei - obwohl sie prozentual gleich auf liegen...

„Zwischen Linken und FDP lagen 43 Stimmen (8852 zu 8809 Stimmen)“, sagt Polansky. Die FDP wird daher keine Fraktionsstärke erlangen, sondern eine Gruppe bilden.

► Könnte die Fraktionsstärke zugunsten der FDP herabgesetzt werden?

„Theoretisch ja, praktisch nein“, sagt Hilz. Vor vier Jahren hatte die Stadtverordnetenversammlung die Fraktionsstärke auf drei Stadtverordnete festgelegt, davon profitierte die FDP mit drei Parlamentariern. „Es war logisch, die Fraktionsstärke von vier auf drei herunterzusetzen“, so Hilz. „Die Mindestgröße von vier Stadtverordneten stammte ja noch aus der Zeit der Fünf-Prozent-Hürde und des Drei-Parteien-Systems.“